



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 23. April 2012 (24.04)
(OR. fr)**

9088/12

MA 6

BERATUNGSERGEBNISSE

des Rates
vom 23. April 2012

Nr. Vordokument: 8628/12 MA 5 OC 181

Betr.: **Beziehungen zu Marokko**
– Erklärung der Europäischen Union zur zehnten Tagung des Assoziationsrates
(Luxemburg, 23. April 2012)

Die Delegationen erhalten als Anlage die Erklärung der Europäischen Union in der vom Rat am 23. April 2012 gebilligten Fassung.

ZEHNTE TAGUNG DES ASSOZIATIONSRATES EU-MAROKKO
(Luxemburg, 23. April 2012)

Erklärung der Europäischen Union

1. Die Europäische Union (EU) ist sehr erfreut über die Durchführung der zehnten Tagung des Assoziationsrates. Vor dem Hintergrund der historischen Umwälzungen im südlichen Mittelmeerraum hat die **Partnerschaft mit Marokko** angesichts der Rolle, die das Land nicht nur im Maghreb und auf dem afrikanischen Kontinent, sondern in der gesamten Mittelmeerregion spielt, für die EU mehr denn je fundamentale Bedeutung. Die EU würdigt und unterstützt nach wie vor die strategische Entscheidung Marokkos, seine Reformen und seine Modernisierung mit der EU zu verknüpfen.
2. Die Annahme des **gemeinsamen Dokuments zur Feststellung des fortgeschrittenen Status Marokkos** im Oktober 2008 war eine wichtige Etappe beim Ausbau der Beziehungen und der Partnerschaft zwischen der EU und Marokko. Seit mehr als drei Jahren sind erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um den fortgeschrittenen Status zu erreichen; auf diese Weise konnten die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen und die Kontakte zwischen den Menschen intensiviert werden. Auf dem ersten Gipfeltreffen Marokko-EU am 7. März 2010 in Grenada wurden diese Ziele bekräftigt, wobei der besondere Charakter der Partnerschaft zwischen der EU und Marokko hervorgehoben wurde. Die EU und Marokko haben sich weiter um eine Vertiefung ihrer Partnerschaft bemüht; diese Partnerschaft ist inzwischen in der neuen Verfassung des Königreichs Marokko vom 1. Juli 2011 verankert und zudem Bestandteil der neuen Strategie, die die EU im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates vom 20. Juni 2011 zur Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23. und 24. Juni 2011 im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand mit dem südlichen Mittelmeerraum entwickelt hat.

3. In **politischer Hinsicht** wurde mit der Annahme der neuen Verfassung der Weg für eine grundlegende Reform der marokkanischen Institutionen freigemacht. Die EU begrüßt diese Reform, die ein besseres Gleichgewicht der Kräfte innerhalb der Exekutive, eine Stärkung des Parlaments sowie Garantien in Bezug auf die Unabhängigkeit der Justiz zum Ziel hat. Sie begrüßt zudem, dass nach den in der neuen Verfassung verankerten Grundsätzen bereits im November 2011 vorgezogene transparente und demokratische Parlamentswahlen abgehalten worden sind und im Januar 2012 eine neue Regierung gebildet wurde. Diese Entwicklungen sind überdies Anzeichen dafür, dass die vor mehreren Jahren begonnenen Demokratisierung voranschreitet.

Die EU ruft Marokko auf, die Grundsätze der neuen Verfassung umzusetzen und insbesondere Verfassungsgesetze zu verabschieden und Strukturen für ihre Anwendung aufzubauen. Sie ermuntert Marokko vor allem, sich weiter um eine verstärkte Regionalisierung zu bemühen und namentlich das Verfassungsgesetz, in dem die Rahmenvorschriften für die Gebietskörperschaften und ihre Arbeitsweise im Einzelnen festgelegt sind, zu verabschieden und umzusetzen.

4. Die EU ist erfreut, dass die neue Verfassung das Engagement des Königreichs Marokko für die **demokratischen Grundsätze** und die **Menschenrechte** untermauert und Garantien für die unabhängigen Institutionen enthält, die über ihre Einhaltung wachen. Sie begrüßt insbesondere die Einrichtung und Arbeit des nationalen Menschenrechtsrates, der von regionalen Ausschüssen unterstützt wird. Sie begrüßt ferner, dass Marokko das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe ratifiziert und zudem erklärt hat, dass es in Kürze das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ratifizieren will. Die EU stellt fest, dass Marokko alle Vorbehalte gegen das internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zurückgezogen hat, wobei es jedoch noch an einigen Erklärungen festhält, die parallel zur Angleichung des nationalen Rechts an die Verfassung zurückgezogen werden müssten. Des Weiteren ist die EU erfreut darüber, dass Marokko seine Kontakte zum Europarat im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten ausgebaut hat, dass ihm die Parlamentarische Versammlung des Europarats den Status eines "Partners für Demokratie" verliehen hat und dass derzeit Vorbereitungen für eine dreiseitige Zusammenarbeit zwischen Marokko, dem Europarat und der EU getroffen werden.

Was die Umsetzung der neuen Verfassung betrifft, so ersucht die EU Marokko, der darin garantierten Achtung der Vereinigungs-, Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit Geltung zu verschaffen und die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft, die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Bereichen und die Bekämpfung der Korruption zu fördern. In diesem Zusammenhang nimmt die EU zur Kenntnis, dass Marokko angekündigt hat, dass es möglichst rasch ein neues Pressegesetz verabschieden und einen nationalen Presserat einsetzen will; sie legt großen Wert darauf, dass dieser neue Rechtsrahmen den internationalen Standards genügt. Die EU bringt erneut ihren Wunsch zum Ausdruck, dass Marokko den beiden Empfehlungen, die im Rahmen der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung (UPR) ausgesprochen wurden, Folge leistet und das Römische Statut ratifiziert und dass es der Aufforderung, eine ständige Einladung an alle Sondermechanismen der Vereinten Nationen zu den Menschenrechten auszusprechen, nachkommt. Die EU weist darauf hin, dass Marokko im Mai 2012 zum zweiten Mal einer UPR unterzogen wird. Sie nimmt zur Kenntnis, dass Marokko an dem Moratorium für die Anwendung der Todesstrafe festhält. Sie ruft Marokko auf, die Todesstrafe abzuschaffen, alle bereits verhängten Todesurteile umzuwandeln und dem zweiten Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe beizutreten.

Die EU begrüßt die **Reform des Justizwesens**, durch die der Zugang zur Justiz erleichtert werden soll, sowie die von Marokko verfolgte Strategie zur Vorbeugung und Bekämpfung der Missstände bei den Gerichten. Sie fordert Marokko auf, diese Anstrengungen fortzusetzen und einen strategischen Plan für die Justizreform zu entwerfen, um die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken und – unter anderem durch den Obersten Justizrat und das neue Statut für Richter und Staatsanwälte – ihre Funktionsweise zu verbessern.

5. In **sozioökonomischer Hinsicht** hat sich die marokkanische Wirtschaft in der weltweiten Krise recht gut behauptet und ist – wie die EU mit Genugtuung feststellt – 2011 weiter gewachsen (um 4,7 %). Diese gute Leistung ist teilweise auf den Umgang mit den öffentlichen Finanzen und die Durchführung eines Strukturreformprogramms zurückzuführen. Dennoch steht das Land weiterhin vor großen Herausforderungen, etwa vor der, auch in Zukunft einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und ein Wachstum zu fördern, von dem alle Bevölkerungsteile profitieren. Die Erwartungen der Bevölkerung auf sozioökonomischem Gebiet sind erheblich. Obwohl der Privatsektor in den letzten Jahren weiter zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen hat, ist die Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen, den

Hochschulabsolventen und insbesondere unter den Frauen nach wie vor sehr hoch. Außerdem zeichnet sich der Arbeitsmarkt durch große Ungleichheiten und einen hohen Anteil an informeller Arbeit aus. Die EU ruft Marokko auf, eine integrierte Strategie für Beschäftigung und berufliche Bildung zu verfolgen, um die Beschäftigungsquote, insbesondere bei den Frauen und Jugendlichen entsprechend dem Bedarf der Unternehmen zu steigern. Im Interesse eines stärkeren sozialen Zusammenhalts ersucht die EU Marokko, seine Bemühungen um eine verantwortungsvolle Verwaltung des Staates fortzusetzen, die Korruption energischer zu bekämpfen, den sozialen Schutz zu verbessern und das System von allgemeinen Subventionen (Kompensationskasse) zu reformieren, so dass die Gelder gezielt für die Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden, die am stärksten benachteiligt sind. Die EU begrüßt die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung für die am stärksten benachteiligten Bevölkerungskreise (RAMED). Sie ist erfreut, dass im Februar 2011 der marokkanische Wirtschafts- und Sozialrat eingerichtet worden ist und dass dieser rasch Kooperationsbeziehungen zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss geknüpft hat. Ferner unterstreicht die EU, dass in Marokko der soziale Dialog zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern verstärkt werden muss, um eine gerechte Verteilung der Früchte des Wirtschaftswachstums, die Anwendung des Arbeitsrechts und die erforderlichen Reformen in den Bereichen Beschäftigung und sozialer Schutz voranzutreiben.

6. Was die **Migration** anbelangt, so begrüßt die EU die fortgesetzten Bemühungen Marokkos zur Eindämmung der illegalen Einwanderung. Sie unterstreicht, wie wichtig es ist, dass im Oktober 2011 ein Dialog über Migration, Mobilität und Sicherheit eingeleitet wurde, mit dem Ziel, eine Partnerschaft für Mobilität zu schließen, die eine verstärkte Bekämpfung der illegalen Migration (Grenzschutz und Grenzkontrolle, abschließende Überarbeitung eines Rückübernahmeabkommens), eine bessere Steuerung der legalen Migration, eine Lockerung der Vorschriften für die Visaerteilung bei bestimmten Personenkategorien, die Berücksichtigung des Zusammenhangs zwischen Migration und Entwicklung sowie die Verstärkung des internationalen Schutzes und der Asylpolitik umfasst.
7. Auf **bilateraler Ebene** begrüßt die EU den Abschluss des Abkommens mit Maßnahmen zur gegenseitigen Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, Fisch und Fischereierzeugnissen (das am 1. Juli 2012

in Kraft treten soll) sowie des Protokolls zum Assoziierungsabkommen betreffend die Teilnahme Marokkos an den Programmen und Agenturen der EU im März 2012. Sie gedenkt, in Verhandlungen mit Marokko einzutreten, um so rasch wie möglich ein neues für beide Seiten vorteilhaftes Protokoll zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen zu schließen.

8. Was den **Handel** betrifft, so ist die EU erfreut, dass die Freihandelszone für gewerbliche Erzeugnisse im Einklang mit dem Assoziierungsabkommen EU-Marokko zum 1. März 2012 verwirklicht worden ist. Der Handelsaustausch zwischen Marokko und der EU hat – zum Vorteil beider Seiten – seit 2000 stetig zugenommen, und die EU ist nach wie vor der mit Abstand größte Handelspartner Marokkos. Die EU möchte nach Abschluss der Vorbereitungen rasch Verhandlungen über ein umfassendes und vertieftes Freihandelsabkommen aufnehmen, mit dem Marokko schrittweise in den europäischen Binnenmarkt integriert werden soll; dabei sollen die bereits abgeschlossenen oder noch laufenden Verhandlungen in den unterschiedlichen Teilbereichen vertieft werden, und zwar insbesondere die Verhandlungen über die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und des Niederlassungsrechts.
9. Die EU und Marokko haben ihre Zusammenarbeit im Rahmen ihres **politischen und strategischen Dialogs**, insbesondere mit der sechsten Tagung des verstärkten politischen Dialogs im Dezember 2011 in Rabat, intensiviert. Darüber hinaus trat der Gemischte Parlamentarische Ausschuss EU-Marokko im Mai 2011 in Rabat und im Juli 2011 in Brüssel zu einer Sitzung zusammen. Die EU begrüßt, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und Marokko in internationalen Organisationen, insbesondere im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, ausgeweitet wurde. Die EU begrüßt die Wahl Marokkos zum nicht-ständigen Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2012-2013 und die Rolle die es in dieser Einrichtung spielt, auch bezüglich der Zusammenarbeit mit der EU seit dem 1. Januar 2012.

Die EU wiederholt, dass sie jegliche Form von **Terrorismus** nachdrücklich und unmissverständlich verurteilt. Einige Tage vor dem Jahrestag des am 28. April 2011 in Marrakesch begangenen Attentats möchte die EU daran erinnern, wie wichtig die mit Marokko entwickelte Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung ist, zu deren Vertiefung sie bereit ist.

10. Die EU nimmt zur Kenntnis, dass regelmäßig Sitzungen aller **im Rahmen des Assoziierungsabkommens** bestehenden **Unterausschüsse** stattfinden und dass Marokko bei der Umsetzung des Aktionsplans im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik EU-Marokko Fortschritte erzielt hat. Im Dezember 2010 wurden Gespräche aufgenommen, um **für den Zeitraum 2012-2016 auf der Grundlage des fortgeschrittenen Status** einen **neuen Aktionsplan im Rahmen der Nachbarschaftspolitik** zu erstellen. Dieser neue Aktionsplan, der auf den Grundsätzen der erneuerten Europäischen Nachbarschaftspolitik aufbaut, begünstigt die Ausarbeitung und Umsetzung von politischen Strategien und Maßnahmen zur Förderung des Rechtsstaats, der Demokratie und der Menschenrechte, der Gleichstellung von Männern und Frauen, des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts, der Bekämpfung der Armut sowie des Umweltschutzes und trägt somit zum langfristigen Ziel einer nachhaltigen Entwicklung bei. Die EU begrüßt, dass die beiden Parteien kurz vor einer Einigung über den Wortlaut des neuen Aktionsplans stehen, und wünscht, dass baldmöglichst das Modell für kurz- und mittelfristig vorrangig zu ergreifende Maßnahmen fertiggestellt wird. Die Annäherung an den Besitzstand der EU auf der Grundlage eines von Marokko bis 2014 zu erstellenden strategischen Konvergenzplans stellt ein wesentliches Element dieses Aktionsplans dar. Ferner sind die EU und Marokko übereingekommen, ihre Überlegungen im Rahmen der Ad-hoc-Gruppe zum fortgeschrittenen Status mit dem Ziel fortzusetzen, neue Perspektiven für diese neue Partnerschaft abzustecken und ihren Inhalt, ihre Instrumente und ihre Zielsetzungen festzulegen.
11. Was die **Finanzhilfe** anbelangt, so hebt die EU die guten Ergebnisse Marokkos bei der Durchführung der Kooperationsprogramme hervor. Die Fähigkeit zur Aufnahme der europäischen Hilfe und die Fortschritte bei den Reformen sind im Allgemeinen zufriedenstellend, wie die Auszahlungen auf hohem Niveau belegen. Die Hilfe der EU, die insbesondere in Form sektorbezogener Budgethilfe geleistet wurde, hat sich als besonders geeignet erwiesen: Bei bestimmten Schlüsselreformen entfaltete sie eine Hebelwirkung (unter anderem in den Sektoren Landwirtschaft, Energie, öffentliche Verwaltung und Sozialschutz), sie bewirkte einen offenen und transparenten Dialog über die sektorbezogenen politischen Strategien und stellte dadurch sicher, dass die Eigenverantwortung Marokkos für den Reformprozess zugenommen hat. Darüber hinaus haben sich die Instrumente für die technische Unterstützung, wie TAIEX und die Partnerschaften, im Rahmen der Bemühungen Marokkos um eine Annäherung an den Gemeinschaftsbesitzstand als nützlich erwiesen. Im Zusammenhang mit der neuen Strategie der EU, die im Rahmen der Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand entwickelt wurde, hat die EU 2011 ein

neues Programm mit der Bezeichnung "SPRING" angenommen, durch das die demokratischen und sozio-ökonomischen Reformen ihrer Nachbarn im Mittelmeerraum unterstützt werden sollen und das auch Marokko zugute kommen wird.

12. 2011 haben sich **historische Veränderungen im südlichen Mittelmeerraum** vollzogen. Die EU hat sich von Beginn an mit dem Ziel engagiert, den Übergang zu demokratischen, die Grundfreiheiten achtenden Regierungen zu fördern, und sie hat all jene politischen Kräfte unterstützt, die sich in den betreffenden Ländern für eine Demokratisierung, insbesondere die Zivilgesellschaft, einsetzen. Desgleichen unterstützt die EU die Länder der Region in ihrem Kampf gegen Armut. Die EU möchte ausgehend von einem flexiblen Ansatz, wie er im Rahmen der erneuerten Europäischen Nachbarschaftspolitik formuliert wurde, ihre Beziehungen mit jedem der Länder vertiefen.

13. Die EU erinnert daran, dass sie der **Integration des Maghreb**, insbesondere im Rahmen der **Union des arabischen Maghreb (UMA)**, einen hohen Stellenwert beimisst. Sie begrüßt die Tagung des Rates der Außenminister der UMA am 17. und 18. Februar 2012 in Rabat und die Ankündigung eines UMA-Gipfeltreffens 2012 in Tunis. Die EU erhofft sich von diesem Gipfeltreffen entscheidende Impulse für eine Wiederbelebung der UMA. Angesichts der Entwicklungen in der Region ist eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Maghreb-Ländern in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit in der Tat unverzichtbar. Die EU ist bereit, entsprechende Initiativen umfassend zu unterstützen.

Die EU nimmt mit Genugtuung Kenntnis von den jüngsten Kontakten, auch auf Minister-ebene, zwischen Algerien und Marokko und der Aufnahme eines politischen Dialogs und einer sektorbezogenen Zusammenarbeit in mehreren Bereichen (Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Wasser, Kommunikation, Bildung). Sie bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass sich die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern normalisieren und insbesondere vertiefen können, damit die erneute Öffnung ihrer Landgrenzen in naher Zukunft möglich wird.

14. Die EU hebt die Bedeutung der **Union für den Mittelmeerraum** hervor, die die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und ihren Partnern im südlichen Mittelmeerraum ergänzt, insbesondere im Hinblick auf eine wirksame regionale Zusammenarbeit, die sich an den Ergebnissen konkreter Projekte orientiert. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang die von Marokko im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum eingenommene Schlüsselrolle und die Ernennung von Herrn Fathallah Sijilmassi zum neuen Generalsekretär des Sekretariats der Union. Die EU bekräftigt erneut, dass sie das Sekretariat der Union für den Mittelmeerraum bei der Wahrnehmung seiner Aufgabe unterstützt, die Staaten, die Finanzinstitutionen und den Privatsektor um konkrete Projekte zu sammeln, die zu Innovation, Wachstum und Beschäftigung in der gesamten Region beitragen.

15. Die EU erinnert daran, dass sie der Beilegung des Konflikts um die **Westsahara** große Bedeutung beimisst. Sie unterstützt uneingeschränkt die Bemühungen, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen und sein Persönlicher Gesandter unternehmen, um den Parteien zu helfen, eine gerechte, dauerhafte und für beide Seiten annehmbare politische Lösung zu finden, die die Selbstbestimmung der Menschen in der Westsahara im Rahmen von Regelungen nach Maßgabe der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Ziele und Grundsätze gemäß den Resolutionen des VN-Sicherheitsrats, einschließlich der Resolution 1979 (2011), ermöglicht. Sie ermutigt alle Parteien darüber hinaus, weiterhin mit dem Persönlichen Gesandten des VN-Generalsekretärs bei der Suche nach einer solchen Lösung zusammenzuarbeiten und dabei Realismus und Kompromissbereitschaft walten zu lassen. Die EU betont im Übrigen, dass ihr die Achtung der Menschenrechte wichtig ist, und erinnert beide Seiten an ihre diesbezüglichen Verpflichtungen. In diesem Zusammenhang begrüßt sie, dass die Rolle der Nationalen Menschenrechtskommission in Bezug auf die Überwachung und Verteidigung der Menschenrechte, auch in der Westsahara, ausgebaut und in der Verfassung verankert wurde.

16. In Bezug auf die Lage in der **Sahel-Sahara-Region**, die in zunehmendem Maße besorgniserregend ist, tritt die EU dafür ein, dass die Länder der Region insgesamt stärker in eine Zusammenarbeit eingebunden werden, die auf die Verbesserung der Sicherheit und des Wohlstands der betroffenen Menschen abzielt. Die EU ist bereit, den Dialog mit Marokko und anderen Partnern in der Region im Rahmen ihrer Strategie für Sicherheit und Entwicklung in der Sahelzone zu intensivieren.